



Rechtsausschuss

20. Sitzung (öffentlich)

9. Oktober 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:30 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

- 1 Verfassungsgerichtliches Verfahren der Abgeordneten Karl-Josef Laumann und Christian Lindner sowie weiterer 90 Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen wegen Prüfung der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2013/2014 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen vom 16. Juli 2013 (GV. NRW. S. 486)**

6

VerfGH 21/13

Vorlagen 16/1171 und 16/1240

- Aussprache

Der Ausschuss stimmt über den vom Abgeordneten Wolf formulierten Vorschlag ab, dem Plenum anzuempfehlen, eine Stellungnahme abzugeben:

Für diesen Vorschlag stimmen die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Dagegen stimmen die Fraktionen von CDU und FDP. – Dietmar Schulz (PIRATEN) nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Rechtsausschuss

09.10.2013

20. Sitzung (öffentlich)

sl-la

2	Haftraumbrand in der JVA Geldern	9
	– Justizminister Kutschaty berichtet	9
	– Aussprache	10
3	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)	12
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/3800	
	Vorlage 16/1119 (Erläuterungsband)	
	– Justizminister Kutschaty berichtet	12
	– Aussprache	15
	Vor Eintritt in die Beratung des nächsten Tagesordnungspunktes	16
	– Hinweis von Justizminister Kutschaty	16
4	Gesetz zur Einführung der untergesetzlichen Normenkontrolle nach § 47 Abs. 1 Nr. 2 Verwaltungsgerichtsordnung (Normenkontrollgesetz)	17
	Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 16/2287	
	Ausschussprotokoll 16/290	
	Stellungnahme 16/969	
	– Aussprache	
	Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich gegen das Votum von FDP, CDU und Piraten, den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 16/2287 abzulehnen.	

5 Whistleblowing – eine Form von Zivilcourage, die unterstützt und geschützt werden muss **19**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3437

Der Rechtsausschuss verständigt sich einvernehmlich auf eine nachrichtliche Beteiligung an der öffentlichen Anhörung des Innenausschusses. Der Rechtsausschuss wird nach Vorlage des Anhörungsprotokolls das Thema erneut auf seine Tagesordnung setzen. Soweit es im Rechtsausschuss Vorschläge an den Innenausschuss gebe, bittet der Vorsitzende darum, diese über die Fraktionsvertreterinnen und -vertreter im Innenausschuss zu platzieren.

6 Gewalt gegen Polizeibeamte ist kein Kavaliersdelikt – Mindeststrafe für Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte einführen **20**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3442

– Hinweise des Vorsitzenden

7 Zukunft des ärztlichen Dienstes im Justizvollzug des Landes Nordrhein-Westfalen **21**

Vorlage 16/1224

– Aussprache

8 Verschiedenes **24**

– Beschlussfassung über eine Informationsfahrt